

Niederschrift
über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb
am 15.04.2026

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Carsten Krumhöfner
Frau Alina Laermann
Herr André Langeworth
Herr Ralf Nettelstroth
Herr Frank Strothmann

SPD

Herr Michael Bartels
Herr Jörg Benesch
Frau Dorothea Brinkmann
Frau Louisa Siekmann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Michael Bockhorst
Herr Klaus Feurich-Tobien
Frau Romy Mamerow

AfD

Herr Dr. Joachim Lücke

Die Linke

Herr Niko Bergemann
Herr Bernd Vollmer

FDP

Herr Sebastian Ferrari-Hoh

Schriftführung

Herr Adamski	Beigeordneter
Herr Dr. Pues	Kaufmännischer Betriebsleiter
Herr Seipel	Erster und Techn. Betriebsleiter
Frau Stuckmann	700.3
Frau Seifriedt	700.132 Schriftführung
Herr Pörtner und	Geschäftsführung Interaragem GmbH
Herr Helmer	und KSVOWL zu TOP 10

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Frau Mamerow fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Sie weist darauf hin, dass die Sitzung per Audioaufnahme aufgezeichnet wird und bittet darum, immer in die Mikrofone zu sprechen.

Zur Tagesordnung werden folgende Anmerkungen vorgebracht:

Der unter TOP 3.2 aufgeführte Antrag zum Thema Bestandsaufnahme wird als Antrag geführt und unter TOP 4 behandelt. TOP 3.2 wird gestrichen. Die Tagesordnung wird entsprechend angepasst.

Die Anfrage der Die Linke-Fraktion zum Thema Schadstoffbelastung im Trinkwasser wird an den Ausschuss für Umwelt und Klima (AfUK) verwiesen.

Die Tagesordnung wird ergänzt um:

TOP 3.8 Anfrage der FDP-Fraktion zum Thema Akkugroßspeicher

TOP 3.9 zum Thema Finanzierung Cleanup-Day

TOP 3.10 zum Thema Hockeywiese Olderdissen

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung beschlossen.

- einstimmig –

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 2. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 11.03.2026

Es wird über die zweite Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 11.03.2026 informiert.

Anmerkungen aus dem Gremium werden nicht vorgebracht.

Es wird von Herrn Nettelstroth die Bitte geäußert, grundsätzlich einzelne Fragestellungen und Antworten im Protokoll auszuformulieren, um eine bessere Verständlichkeit zu gewährleisten.

Der Hinweis zur Ausformulierung der Fragestellung wird zur Kenntnis genommen.

Der BUWB fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Es liegt eine Mitteilung zur Kontrolle der Biotonne vor.
Die Mitteilung ist in Session vor der Sitzung eingestellt worden.
Weitere Wortmeldungen hierzu erfolgen nicht; die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Anfrage der AfD-Fraktion zum Thema Hybrid Müllfahrzeuge

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1011/2025-2030

Die Antwort ist in Session eingestellt.

Auf Nachfrage, ob die Anfrage näher erläutert werden soll, wird dies verneint.

Das hohe Gewicht der Batterien für Hybridsammelfahrzeuge stellt einen relevanten Aspekt dar und spielt insbesondere im Zusammenhang mit der Einsatzfähigkeit bzw. Auslegung von Fahrzeugen eine Rolle.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Anfrage der CDU- und der SPD-Fraktion zum Thema illegale Müllentsorgung

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1013/2025-2030

Die Antwort ist in Session eingestellt.

Herr Feurich-Tobien fragt nach dem Vorgehen bei Ermittlungen zu illegalen Müllablagerungen, der Erfolgsquote sowie nach möglichen späteren Informationen zur Herkunft der Abfälle. Hierzu sollte eine kurze Notiz in Protokoll mit aufgenommen werden.

Hierzu können in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt folgende Aussagen getroffen werden:

Im Jahr 2023 wurden 20 Verfahren eingeleitet, davon 6 mit einem Bußgeld festgesetzt. Dazu kamen 2023 7 Verwarnungen, die mit einem Verwarnungsgeld belegt waren.

Für 2024 wurden folgende Fälle mitgeteilt:

54 Verfahren eingeleitet, 19 Bußgelder mit Bescheid festgesetzt, dazu kamen noch 2 Verwarnungsverfahren.

Für 2025 wurden folgende Fälle mitgeteilt:

61 Verfahren wurden eingeleitet, 22 Bußgeldbescheide erlassen. Verwarnungen wurden nicht ausgesprochen.

Dabei handelt es sich um Verfahren nach KrWG. Der Kleinmüll (Zigarettenkippen, Kleinverpackungen etc.) der nach OBVO geahndet wird, ist nicht berücksichtigt.

- Kenntnisnahme -

-.--

Zu Punkt 3.3 Anfrage der CDU- und der SPD-Fraktion zum Thema Containerstellplätze

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1014/2025-2030

Die Antwort ist in Session eingestellt. Die Anfrage ist beantwortet.

- Kenntnisnahme -

-.--

Zu Punkt 3.4 Anfrage der Die Linke-Fraktion zum Thema Gewinne Gebühren

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1015/2025-2030

Die Antwort ist in Session eingestellt. Die Anfrage ist beantwortet.

- Kenntnisnahme -

-.--

Zu Punkt 3.5 Anfrage der Die Linke-Fraktion zum Thema Reinigung von Sportflächen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1017/2025-2030

Herr Seipel gibt in der Sitzung mündlich folgende Antwort auf die Frage der Die Linke-Fraktion.

Die Heißwassergeräte werden auf den Sportplätzen ausschließlich auf den versiegelten Randflächen eingesetzt. Diese versiegelten Randflächen werden im Rahmen der turnusmäßigen Grünpflege mit zwei Heißwassergeräten bearbeitet. Der Einsatz erfolgt i.d.R. in einem vierwöchigen Rhythmus. Die Einsatznotwendigkeit ist stark von der Witterung abhängig. Warme und feuchte Witterung steigert die erforderlichen Einsätze, sehr trockene Witterung über einen längeren Zeitraum reduziert die Einsatzhäufigkeit.

Zum Aufgabenbereich der beiden Heißwassergeräte zählen neben der Pflege der Sportflächen auch die Pflege von Schulhofflächen und Wegen in Grünanlagen im gesamten Stadtgebiet. Für kleinere und unzugänglichere Flächen, z.B. unter bzw. an Bänken und Mülleimern, wird ergänzend ein Handgerät zur Wildkrautbekämpfung eingesetzt.

Es werden keine weiteren Fragen oder Anmerkungen vorgebracht.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 3.6 Anfrage der Die Linke-Fraktion zum Thema Auslastung der Wertstoffhöfe

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1018/2025-2030

Zum Thema Auslastung der Wertstoffhöfe wird ausgeführt, dass die Antwort in Session eingestellt ist. Weitere Nachfrage bestehen nicht.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 3.7 Anfrage der Die Linke-Fraktion zum Thema Schadstoffbelastung im Trinkwasser

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1020/2025-2030

- an den AfUK verwiesen -

-.-.-

Zu Punkt 3.8 Anfrage der FDP-Fraktion zum Thema Akkugroßspeichern

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1049/2025-2030

Die Antwort ist in Session eingestellt. Weitere Nachfragen bestehen nicht.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 3.9 Anfrage der FDP-Fraktion zum Thema Finanzierung Clean-up Day

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1048/2025-2030

Die Antwort ist in Session eingestellt. Weitere Nachfragen bestehen nicht.

Herr Adamski weist auf den erheblichen personellen und zeitlichen Aufwand bei der Beantwortung von Anfragen hin und regt eine stärkere Nutzung des Instruments der Anträge an.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 3.10 Anfrage der FDP-Fraktion zum Thema Hockeywiese Olderdisen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1047/2025-2030

Die Antwort ist in Session eingestellt. Weitere Nachfragen bestehen nicht.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Antrag der CDU- und der SPD-Fraktion zum Thema Bestandsaufnahme Füllstandsensorik in öffentlichen Abfallbehältern

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1012/2025-2030

Herr Langeworth gibt eine Begründung für den Antrag seiner und der SPD-Fraktion.

Der Antrag verfolgt das Ziel, die Situation der öffentlichen Abfallbehälter im Stadtgebiet sachlich zu erfassen. Vor dem Hintergrund erster positiver Erfahrungen mit einzelnen Maßnahmen soll eine umfassende Bestandsaufnahme erfolgen, um Verbesserungspotenziale zu identifizieren und eine fundierte Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen zu erhalten.

Herr Nettelstroth schließt sich den zuvor genannten Ausführungen inhaltlich an. Er verweist auf eigene Erfahrungen aus dem Stadtbezirk und führt aus, dass die Thematik der Sauberkeit im öffentlichen Raum regelmäßig Gegenstand von Gesprächen und Beschwerden sei. Die Auslastung der öffentlichen Flächen variere stark, insbesondere in Abhängigkeit von Wetterlagen und Jahreszeiten, wodurch es kurzfristig zu erhöhtem Abfallaufkommen komme.

In diesem Zusammenhang wird die Bedeutung technischer Unterstützung hervorgehoben, um bedarfsgerechter und proaktiver reagieren zu können. Eine aktuelle und umfassende Bestandsaufnahme werde als notwendig erachtet, um belastbare Grundlagen zu liefern und situationsabhängig angemessen steuern zu können.

Herr Vollmer schildert aufgrund eigener Beobachtungen Probleme mit überfüllten und veralteten Abfallbehältern. Er regt zur Prüfung an, ob kleinere durch größere Behälter ersetzt oder Standorte angepasst werden können, um das Abfallaufkommen besser zu steuern und Ablagerungen zu vermeiden.

Frau Siekmann bittet um eine Rückmeldung zu dem aktuellen Status der Maßnahmen. Zudem wird angeregt zu prüfen, inwieweit durch eine bessere Planung und Nutzung vorhandener Daten die Ressourceneffizienz erhöht und zusätzlicher Aufwand vermieden werden kann. Ergänzend wird vorgeschlagen, Hinweise aus dem Mängelmelder stärker in die Betrachtung einzubeziehen und Schwerpunktstandorte proaktiv zu berücksichtigen.

Herr Feurich-Tobien weist darauf hin, dass das Thema bereits seit längerer Zeit bekannt ist. Die aktuellen Ausführungen wurden durch einen Kollegen erläutert. Es wird davon ausgegangen, dass hierzu ergänzende Informationen bereitgestellt werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Der Umweltbetrieb wird gebeten, eine Bestandsaufnahme der derzeit eingesetzten Füllstandsensorik in öffentlichen Abfallbehältern vorzulegen und Perspektiven für deren Weiterentwicklung und Ausbau aufzuzeigen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

Sachstandsbericht Wertstoffhöfe

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0994/2025-2030

Frau Mamerow ruft die Informationsvorlage zum Sachstandsbericht Wertstoffhöfe auf und fragt, ob seitens der Verwaltung Ergänzungen erfolgen.

Herr Dr. Pues gibt den Hinweis, dass mit der Informationsvorlage die Maßnahmen transparent dargestellt werden sollen.

Herr Vollmer fragt, ob die Kapazitäten der Wertstoffhöfe mit derzeit drei Standorten perspektivisch ausreichen oder ob ein zusätzlicher Bedarf gesehen wird. Aus Sicht des Redners erscheint eine Erweiterung grundsätzlich prüfenswert.

Herr Seipel verweist auf die Beantwortung in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Herr Dr. Lücke weist darauf hin, dass die Sperrungen und Beschränkungen für gewerbliche Nutzer die Anlieferungszahlen – weiterhin bei rund 25.000 jährlich – nicht wesentlich gesenkt haben, und fragt und fragt nach dem Ziel der Maßnahmen.

Herr Dr. Pues führt aus, dass im gewerblichen Bereich, insbesondere an stark frequentierten Tagen am Wochenende weiterhin zu hohen Anlieferungszahlen kommt, während die Kapazitäten vor Ort begrenzt sind. Die ergriffenen Beschränkungen haben in den Kennzahlen bereits Wirkung gezeigt; ein Rückgang der Anlieferungen ist erkennbar und wird als sachgerecht bewertet.

Ziel der Maßnahmen sei jedoch weiterhin, Anlieferungen aus dem Land gezielt zu steuern.

Für gewerbliche Anlieferer bestehen zudem alternative, gewerbliche Entsorgungsmöglichkeiten. Vor diesem Hintergrund wird der eingeschlagene Maßnahmenansatz als sinnvoll angesehen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 6

Benutzungs- und Betriebsordnung für die Wertstoffhöfe des Umweltbetriebs

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0951/2025-2030

Herr Bergemann fragt nach, ob der vorliegenden Benutzungs- und Betriebsordnung eine frühere Fassung zugrunde liegt. Für den Fall, dass bereits eine Vorgängerversion besteht, wird um eine Darstellung der wesentlichen Unterschiede gebeten. Zudem wird angeregt, die Vorlage zunächst in erster Lesung zu behandeln, sofern Änderungen oder Abweichungen zur bisherigen Regelung vorliegen.

Antrag:

Behandlung der Beschlussvorlage in erster Lesung, sofern relevante Änderungen zur bisherigen Benutzungsordnung bestehen.

Herr Dr. Pues informiert die Ausschussmitglieder, dass die bisherige Benutzungsordnung für die Wertstoffhöfe im Jahr 2014 aufgehoben wurde. Seitdem bestand keine formell beschlossene Benutzungs- und

Betriebsordnung. Vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen an den Wertstoffhöfen sowie der aktuellen Situation wurde das Thema erneut aufgegriffen und inhaltlich überprüft.

Auf dieser Grundlage wurde die nun vorliegende Benutzungs- und Betriebsordnung erarbeitet. Es handelt sich damit nicht um eine Fortschreibung einer bestehenden Regelung, sondern um eine im Wesentlichen neue Ordnung, die die heutigen Anforderungen und Abläufe abbildet.

Herr Behnesch weist darauf hin, dass bei Einsätzen auf den Wertstoffhöfen insbesondere in stark frequentierten Situationen Weisungsrechte der Mitarbeitenden gegenüber den Nutzenden erforderlich seien. Es könne zu einzelnen renitenten Personen kommen, weshalb die Sicherheit des Personals gewährleistet sein müsse.

Er fragt an, ob und in welchen Fällen ein Sicherheitsdienst vorgesehen sei, insbesondere bei längeren Warteschlangen und hoher Auslastung, etwa bei gutem Wetter. In diesem Zusammenhang wird auf mögliche organisatorische Maßnahmen hingewiesen, um die Situation für Mitarbeitende und Nutzende zu entschärfen.

Herr Dr. Pues antwortet, dass ein Einsatz eines Sicherheitsdienstes geprüft wurde und derzeit nicht vorgesehen ist. Ziel der Benutzungs- und Betriebsordnung ist es, den Mitarbeitenden eine klare rechtliche Grundlage sowie eindeutige Weisungsbefugnisse gegenüber den Nutzenden zu geben.

Sollte es dennoch zu eskalierenden Situationen mit Bürgerinnen oder Bürgern kommen, wird im Bedarfsfall auf externe Unterstützung, insbesondere polizeiliche Hilfe, zurückgegriffen. Die Sicherheit der Mitarbeitenden hat hierbei oberste Priorität.

Die Anregung wird, so Herr Adamski, als nicht ungerechtfertigt angesehen. Unter Hinweis auf die Erfahrungen beim kommunalen Außendienst sowie beim Verkehrsaußendienst wird angeregt zu prüfen, ob vergleichbare Deeskalationsmaßnahmen und Schulungen für die Mitarbeitenden der Wertstoffhöfe sinnvoll sind.

Herr Nettelstroth weist auf organisatorische Probleme bei stark frequentierten Wertstoffhöfen hin. Er regt an, Anlieferungen bereits am Eingang zu sichten und einzuordnen, um Fehlablagerungen, Rückstaus und Konflikte zu vermeiden.

Herr Adamski sagt die Prüfung des Hinweises zu.

Auf Nachfrage von Frau Mamerow zieht Herr Bergemann den Antrag auf 1. Lesung zurück.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss beschließt die vorliegende Benutzungs- und Betriebsordnung für die Wertstoffhöfe und das am Wertstoffhof Mitte angeschlossene Schadstoffzwischenlager

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Öffentlicher Grünanteil auf Friedhöfen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0666/2025-2030

Herr Seipel gibt den Hinweis, dass die Vorlage bereits im AfUK behandelt und dort einstimmig beschlossen wurde.

Weitere Wortbeiträge sind nicht erfolgt.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Umweltbetrieb empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Methodik zur Ermittlung des öffentlichen Grünanteils gemäß beiliegendem Konzept (s. Anlage), das Bestandteil dieser Vorlage ist, wird zugestimmt.
2. Der öffentliche Grünanteil wird für jeden einzelnen Friedhof sowie für die Gesamtheit aller Friedhöfe gemäß den ermittelten Werten des Konzeptes festgeschrieben.
3. Der Anteil des öffentlichen Grüns in Höhe von 45,83% (45,29% im Jahr 2020) an den Gesamtkosten für Pflege und Unterhaltung der Friedhofsflächen wird für das Jahr 2024 mit 4.285.136 € festgestellt und in der nächsten Gebührenbedarfsberechnung berücksichtigt. Hierbei sind Personal- und Sachkostensteigerungen zu berücksichtigen.
4. Der Zuschuss des Haushalts für das öffentliche Grün verbleibt bei 2/3. Der verbleibende Rest ist über den Wirtschaftsplan des Umweltbetriebes auszugleichen.
5. Der neu berechnete Anteil des öffentlichen Grüns in Höhe von 45,83 % wird erstmals 2027 bei der Ermittlung des Zuschusses des Haushaltes an den Umweltbetrieb berücksichtigt.
6. Der öffentliche Grünanteil und die Aufteilung der Kosten zwischen dem Umweltbetrieb (1/3) und dem Kernhaushalt (2/3) sind im Fünfjahresrhythmus zu überprüfen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegen keine Berichte aus vorangegangenen Sitzungen vor.

-.-.-

Romy Mamerow
Vorsitzende

Dörte Seifriedt
Schriftführung